

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Kollegen,

viele Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen und besonders die Klein- und Mittelständischen Unternehmen werden sich über Ihre Antworten gerade sehr wundern. Sie, Herr Ministerpräsident, haben in ihrem Wahlkampf einen Bäckereibetrieb besucht und müssten um die Lage dort wissen. Natürlich habe ich das auch getan. Mein örtlicher Bäcker hat mir konsterniert versichert, dass er keine Soforthilfe bekommen hat und auch noch nicht beantragen konnte. Sein Steuerberater hat ihm inzwischen mitgeteilt, dass er zwar erhebliche zusätzliche Belastungen zu tragen habe, die Förderrichtlinie des Landes ihn aber dennoch ausschließt.

Verwundert sein dürfte mein örtlicher Bäcker insbesondere vor dem Hintergrund eines Artikels aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 10. Februar. Überschrift: Ministerpräsident gibt Entwarnung. Entspannung bei der Energiepreiskrise.

In dem Artikel treffen Sie, Herr Ministerpräsident, folgende Aussage: vor allem habe das im November vom Landtag beschlossene milliardenschwere Hilfsprogramm dazu beigetragen, die Teuerungswelle bei Energie- und Lebensmittelpreisen abzufedern.

Anders sei das bei der Unterstützung durch den Bund, die teilweise immer noch zu kompliziert sei und verbessert werden müsse. Als Beispiel nannten Sie den bisher nicht umgesetzten Energiepreisdeckel für Öl- und Pelletheizungen.

Wie bitte? Solche Aussagen lassen einen, gelinde gesagt, ziemlich verwundert zurück. Herr MP, ihr Sofortprogramm ist bisher für jeden erkennbar gar nicht in den Portemonnaies der Niedersachsen und bei den Unternehmen angekommen. Ihr sogenanntes „Sofortprogramm“ liegt in weiten Teilen immer noch auf dem Konto des Finanzministers.

Für kleine und mittlere Einkommen hat das Land bisher nichts abgedeckt und von Entwarnung kann bei einer Inflation von mehr als 8 Prozent nun absolut nicht die Rede sein. Solche Aussagen zeigen doch eher die Schere zwischen der Wahrnehmung der Landesregierung und der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens.

Und wenn man, wie Sie Herr MP, die Bundesregierung – zu Recht - kritisiert, dann muss man fragen: Was macht Niedersachsen denn besser? Wo ist denn die niedersächsische Förderrichtlinie für die 650.000 privaten Haushalte mit Öl- und Pelletheizungen? Der Winter ist bald zu Ende und bisher ist nicht ein Cent bei diesen Menschen angekommen.

Genauso verhält es sich mit den zugesagten Hilfen des Landes über 200 Mio. Euro für die kleinen und mittelständischen Betriebe. Nicht ein Bäcker, kein Handwerksbetrieb und kein Ladeninhaber, hat die bereits vor der Wahl versprochenen Wirtschaftshilfen bisher bekommen.

Neben den Wirtschaftshilfen für KMUs, sind stehen viele weitere Hilfen in der Warteschleife: 50 Mio. für die Veranstaltungsbranche - 27 Mio. für den Kulturbereich, 33 Mio. für die Stärkung der Beratungsstrukturen und 2 Mio. für die Unterstützung der Tafeln.

Allein diese Hilfen haben eine Gesamthöhe von über 100 Mio. Euro und gerade mal 1 Mio. davon wurde bisher zur Verfügung gestellt. Das ist nicht mal ein Prozent. Da sollte man doch mal ernsthaft über das „Sofort“ in „Sofortprogramm“ nachdenken.

Was man nicht vergessen darf ist, wie die Landesregierung dieses „Sofortprogramm“ überhaupt finanziert hat. Nämlich durch Steuermehreinnahmen begründet durch die Inflation, die die Menschen in diesem Land bereits seit Monaten schwer belastet. Genau die Menschen, von denen Finanzminister Heere in der Pressekonferenz zum ersten Nachtragshaushalt sprach. Zitat: „Viele Menschen spüren die Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation schon jetzt und kommen mit ihrem Geld nicht aus.“

Und weiter: „Das Land Niedersachsen darf nicht der Profiteur der Inflation sein, indem es die daraus resultierenden Steuereinnahmen einsteckt.“ Zitat-

Ende. Das Land darf nicht der Profiteur der Krise sein, da haben Sie Recht Herr Heere.

Das Geld muss wieder an die Bürger zurückgegeben werden. Aktuell sieht es aber nicht danach aus. Millionenbeträge werden in einem Hilfspaket verabschiedet und Monate später liegen die Gelder immer noch genau da, wo sie zum Zeitpunkt des Beschlusses lagen: im Haushalt des Landes Niedersachsen. Und eben nicht bei den Menschen, die diese hohen Steuereinnahmen in die Staatskasse eingezahlt haben. Rot-Grün ist drauf und dran dieses hehre Versprechen des Finanzministers zu brechen.

Das Wort „Turbo“ war in den letzten Wochen das Lieblingswort der Rot-Grünen Regierung. Turbo ist lateinisch und steht u.a. für Wirbel und ganz ehrlich, Sie als Regierung machen mit Ihrem Turbo „eine Milliarde Soforthilfe“ einen ziemlichen Wirbel, aber am Ende kommt wie bei der Turbine hinten nur heiße Luft raus. Und das hilft unseren Bürgerinnen und Bürgern und den vielen Klein- und Mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen überhaupt nicht. Liefern Sie endlich Herr Ministerpräsident!

Vielen Dank!